

SOLIDARITÄT

Newsletter Montagsdemo Rheinfelden



Hartz IV-Regelsatz ist rechtswidrig



Themen in dieser Ausgabe:

- Frankreichs Jobcenter.!
- Zahnarzt nicht bezahlt ..!
- Hartz IV ...!
- Burnout ...!
- Lohndumping ...!
- DIE LINKE ...!
- Verkehrte Bankenwel ..!
- Konstantin Wecker ...!
- Montagsdemo aktuell ..!

IN DIESER AUSGABE:

Frankreichs Jobcenter - Mitarbeiter verweigern Sanktionen	2
Zahnarzt nicht bezahlt: Hartz-IV-Empfängerin landet vor dem Kadi	2
Mehr Selbstständige stocken mit Hartz IV auf	2
Ausgebrannt - Volkskrankheit Burnout	2
Von Staats wegen: illegales Lohndumping an Schulen	2
DIE LINKE und der Bundestag: Wähler, hört die Signale	3
Verkehrte Bankenwelt	3
Konstantin Wecker - Die Proteste sind nur der Anfang	3
Rheinfelder Montagsdemo 2011	4

Im März hatte die Bundesregierung ihr »Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen« vorgelegt. Danach ist die derzeitige Höhe des Hartz-IV-Regelsatzes von 364 € für eine Einzelperson entsprechend der Berechnungen nach EVS (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) des Statistischen Bundesamtes nicht zu beanstanden. Nun legt die DGB-eigene Hans-Böckler-Stiftung ein interessantes Gutachten vor, nach welchem diese neue Ermittlung der Hartz IV-Regelsätze in zehn Punkten gegen die Verfassung verstoße. Die wichtigsten:

- Der Regelsatz wird von der Regierung dadurch gedrückt, das zu seiner Berechnung Haushalte herangezogen werden, deren Einkommen unterhalb des Existenzminimums liegen.
- Einmalig und in großen Abständen erfolgende Anschaffungen wie Fahrräder, Kühlschränke oder Fernseher werden nicht erfasst.
- Seit neuestem zählen Alkohol und Tabak, aber auch Gartengeräte, chemische Reinigung oder Hundefutter nicht mehr zu »regelsatzrelevanten Ausgaben«. Derlei statistische Tricks betragen laut Gutachten »rund ein Drittel der statistisch ermittelten Ausgaben«. Und damit sei keine Existenzsicherung mehr gewährleistet.
- Die Bundesregierung rechnet den »Mobilitätsbedarf« runter. Da Hartz-IV-Bezieher kein Auto zusteht, werden die Benzinkosten aus dem Regelsatz rausge-

rechnet, ohne aber zu berücksichtigen, »dass die Referenzgruppe (statistische Vergleichsgruppe – rf-news) dann aber höhere Ausgaben für öffentliche Verkehrsmittel gehabt hätte.« Allein deshalb falle der Regelsatz um 6 Euro zu niedrig aus.

- Der 10-Euro-Bildungsgutschein für Mitgliedsbeiträge im Sportverein, für Musikunterricht oder Freizeiten widerspreche dem »Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit«. Außerdem gehen die Kinder leer aus, in deren Umfeld keine entsprechenden Angebote existieren.

Der Inflationsausgleich erfolge zu spät.

Zu der letzten Feststellung der Gutachter ist allerdings anzumerken, dass es in Wahrheit überhaupt keinen Inflationsausgleich für Hartz-IV-Bezieher gibt. Der Regelsatz stieg von 345 € im Jahr 2005 auf heute 364 €, also um 5,5 %. Laut Statistischem Bundesamt betrug die Preissteigerung in diesem Zeitraum aber 16,2 %. Damit ist der Regelsatz gemes-



sen an den Lebenshaltungskosten seit 2005 um 10,7 % gesunken.

Insgesamt macht das Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung deutlich, was die SPD/Grünen-Regierung mit der Agenda 2010 unter ungeteilter

Zustimmung von CDU/CSU und FDP angerichtet hat: die bisher beispiellose Zerschlagung des Sozialversicherungssystems mit der Folge der Verarmung von 15 Millionen Menschen in der BRD verbunden mit einer radikalen Senkung des Lohnniveaus der Beschäftigten.

So stellte der DGB in einer Studie Ende August 2011 fest: Bei den Niedriglöhnen ist Deutschland inzwischen Spitzenreiter in Europa: Rund 2,1 Millionen Menschen in Lohnarbeit bekommen weniger als 6 Euro die Stunde, davon die Hälfte weniger als 5 Euro. Bei den Leiharbeitern und den so genannten »Minijobbern« beziehen inzwischen über 80% extrem niedrige Löhne. 1,3 Millionen Vollarbeitskräfte müssen 'aufstocken'. Für diese »Lohnkostenzuschüsse« hat der Steuerzahler bereits mit über 50 Milliarden € quasi die Lohnzahlungen der Kapitalisten als Kombilöhne finanziert.

Der DGB will nun auf der Grundlage des Gutachtens der Hans-Böckler-Stiftung vor dem Verfassungsgericht klagen. Klagen auf Abschaffung von Hartz IV werden aber seit 2005 vom Verfassungsgericht nicht mehr zugelassen, höchstens noch Klagen auf einzelne Änderungen. Das weiß die DGB-Führung nur zu gut. Notwendig ist die massenhafte Beteiligung und Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder an dem Widerstand gegen Hartz IV und die Hartz-Gesetze insgesamt.

Quelle: DGB



Frankreichs Jobcenter-Mitarbeiter verweigern Sanktionen

Was in Deutschland undenkbar wäre, gehört in Frankreich zu politischen Sprache. Zahlreiche französische Arbeitsagenturangestellte verweigern Sanktionen gegenüber Erwerbslosen, sprechen sich gegen die sogenannte Sippenhaft aus und zeigen sich solidarisch mit Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Obwohl zahlreiche Sachbearbeiter in den Hartz IV - Behörden in Deutschland

selbst unter einem ständigen Druck arbeiten müssen, teilweise mit Zeitverträgen ausgestattet sind und vielfach unter den Arbeitsbedingungen leiden, käme für die meisten Jobcenter-Mitarbeiter ein Solidarisierung mit den Betroffenen nicht in Frage. Zu groß ist die ideologische Verblendung im „Sinne des Steuerzahlers“ Erwerbslose zu schikanieren, obwohl das Grundgesetz und die Menschenwürde in vielen Punk-

ten in Deutschland offensichtlich mit Füßen getreten wird. Würde das Grundgesetz beachtet werden, würde die freie Berufswahl, die freie Wahl des Wohnortes und die Würde eines jeden Hilfesuchenden und der Angehörigen beachtet werden. In Frankreich herrschen teilweise ähnliche Sozialgesetze, die ebenfalls darauf abzielen, Arbeitslose mit Sanktionen und Schikanen zu drangsaliieren.

Quelle: gegen-hartz.de



Zahnarzt nicht bezahlt: Hartz-IV-Empfängerin landet vor dem Kadi

„...Es ist ein klarer Betrugsfall, aber er spiegelt auch die schwierige Situation wider, in der sich manch ein Arbeitsloser befindet, der in seiner Finanznot nicht mehr ein noch aus weiß und sich dann zu – zweifellos unentschuldbar –

Straftaten hinreißen lässt: Weil eine 50-jährige Frau aus der Aar-Region eine Zahnarztrechnung in Höhe von 865,15 Euro nicht bezahlt hat, ist sie zu einer viermonatigen Freiheitsstrafe verurteilt worden, die für drei Jahre zur Bewährung

ausgesetzt wird. Richter Eckhard Krahn ergänzte das Urteil mit der Auflage, die Schulden bei dem Dentisten mit Ratenzahlungen von monatlich mindestens 30 Euro zu begleichen....“

Quelle: Rhein-Zeitung

Mehr Selbstständige stocken mit Hartz IV auf

In Deutschland sind rund 4,25 Millionen Menschen, das ist etwa jeder zehnte Erwerbstätige, selbstständig tätig. Hiervon bezogen im März 2011 127.180 Leistungen zur Grundsicherung (ALG II).

Das Institut für Mittelstandsforschung Bonn hat die Lage der Selbstständigen, die ihre Existenz nicht alleine sichern können und staatliche Leistungen benötigen

(sogenannte Hartz IV Aufstocker), analysiert und mögliche Ursachen der starken Zunahme der selbstständig erwerbstätigen Arbeitslosengeld II-Bezieher untersucht.

Quelle: gegen-hartz.de



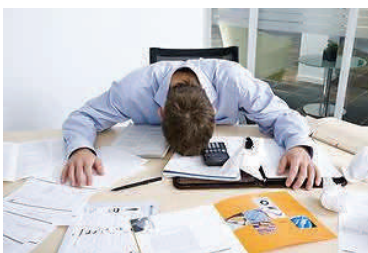
Ausgebrannt – Volkskrankheit Burnout

Burnout – seit Ralf Rangnick den Trainerposten bei Schalke 04 wegen körperlicher, geistiger und seelischer Erschöpfung aufgegeben hat, geistert das Modewort wieder durch die Medien. In der normalen Arbeitswelt geht es zwar nicht so spektakulär zu, aber sicherlich nicht weni-

ger dramatisch: Auch der Industriearbeiter, die Büroangestellte, der Freiberufler, die Halbtagsarbeitskraft mit Kleinkind kennen das Gefühl, ausgebrannt zu sein. Leer, ohne Kraft, ohne Antrieb. Nur können die sich keine luxuriöse Auszeit nehmen wie ein Bundesligatrainer. Die normalen

Menschen haben Angst, sich krank zu melden, und bei denen, die es doch tun, nehmen seit Jahren Depressionen und andere psychische Krankheiten deutlich zu. Burnout – Modewort und gesellschaftliches Phänomen.

Quelle: hr2 / Kultur „Der Tag“



Von Staats wegen: illegales Lohndumping an Schulen

Von manchen Arbeitgebern erwartet man grundsätzlich nichts Gutes. Doch Lohndumping in einem Ministerium? Beim Arbeitgeber „Staat“? Das gibt es – und zwar entgegen diverser Regeln des Arbeitsrechts. In Niedersachsens Schulen hat das Land Billiglöhne von 7,50 Euro an Beschäftigte gezahlt. Zudem hat das Land ei-

gentlich fällige Beiträge für Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung nicht abgeführt. Der Trick: Die Beschäftigten wurden als „freie Mitarbeiter“ geführt, obwohl sie hätten festangestellt werden müssen. Das Arbeitsgericht Hannover hat dies für rechtswidrig befunden. Und die Staatsanwaltschaft ermittelt inzwischen in knapp

10.000 Fällen. Dabei hatten Rentenversicherung und selbst die Schuldezernenten das Ministerium seit Jahren auf die illegalen Verträge hingewiesen. Kultusminister Althusmann sagt dazu, es habe wohl Kommunikationsprobleme gegeben.

Quelle: Panorama



DIE LINKE und der Bundesparteitag: Wähler, hört die Signale

Der Bundesparteitag der Linkspartei in Erfurt ist zu Ende gegangen. 519 Delegierte berieten, diskutierten und votierten drei Tage lang, um DIE LINKE auf einen gemeinsamen Kurs für die Zukunft einzuschwören. Das Ergebnis: Ein neues Grundsatzprogramm, das mit insgesamt 503 Delegiertenstimmen von einer überzeugenden Mehrheit getragen wird.

Während Medien und politische Gegner in den vergangenen Wochen und Monaten bereits eine Spaltung oder sogar Auflösung der Linkspartei heraufbeschworen hatten, einigte man sich in Erfurt erstaunlich reibungslos auf eine gemeinsame Leitlinie. Wer angesichts interner Auseinandersetzungen, Flügelkämpfen zwischen Realos und Antikapitalisten und sinkender Umfragewerte mit einem konsensualen Beliebighkeitskurs, irgendwo

zwischen SPD und PIRATEN gerechnet hatte, erlebt stattdessen deutliche Signale und eine klare Mission: Mit großer Geschlossenheit spricht sich DIE LINKE für einen radikalen Systemwechsel zum demokratischen Sozialismus aus, stimmt für die Auflösung der Nato und für die Vergesellschaftung von Banken und Energieunternehmen und wendet sich entschlossen gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr.

Quelle: Jacob Jung



Verkehrte Bankenwelt

Von der Wall Street bis Frankfurt – weltweit protestieren Hunderttausende gegen die Macht der Banken. Die Demonstranten blicken besser durch, als viele Finanzprofis und Fachpolitiker. Sie wissen: Das System muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden! Eine Existenzberechtigung sollten Banken nur haben, wenn sie der Gesellschaft Nutzen bringen, wenn sie Kredite an die Realwirtschaft geben und Ersparnisse aufnehmen. Dieses „Kerngeschäft“ muss durch Regulierung wieder ins Zentrum gerückt werden. Denn die Deutsche Bank verlor 2010 nur noch 4,1 Prozent ihrer Bilanzsumme

an die Realwirtschaft. Ähnlich wie die Konkurrenz verdient der Branchenprimus sein Geld fast nur mit spekulativem Investmentbanking: 86 Prozent des Gewinns der Bank kam 2010 von dort. Statt Nutzen zu bringen, tragen Finanzmarktakteure mittlerweile zur Zerstörung des Gemeinwesens bei: Erst wurde durch Zockerei ein Wirtschaftscrash verursacht. Dann wurden Griechenland, Portugal und andere Länder von der Geldversorgung abgeschnitten. Die Regierungen werden zu massiven Ausgabenkürzungen gezwungen – Millionen sind arbeitslos, die Wirtschaft implodiert, die

Armut und die Selbstmordrate steigen. Die deutsche und andere Regierungen unternehmen nichts gegen dieses Leiden. Im Gegenteil: Sie haben die Kürzungen im Namen der Anleger sogar verordnet. Die Krisenstaaten müssten sich durch Selbstkasteiung das Vertrauen der Finanzmärkte erkaufen, heißt es. Dabei wäre es höchste Zeit, die Abhängigkeit der Staatsfinanzierung von den Finanzmärkten zu lösen.

Quelle: DGB Klartext



Konstantin Wecker – Die Proteste sind nur der Anfang

Konstantin Wecker – Die Proteste sind nur der Anfang. Weltweit gehen die Menschen auf die Straße und wehren sich gegen soziale Ungerechtigkeit. Der Liedermacher Konstantin Wecker unterstützt die Bewegung, in dem er sein Lied „Empört Euch“ im Internet zum Download anbietet.

Konstantin Wecker hat eine bewegte Vergangenheit. Der Liedermacher singt seit über dreißig Jahren gegen die Mächtigen und die Machtverhältnisse in der Welt an. 2003 fuhr er auf eigene Faust in den Irak, um dort für Frieden zu werben. Jetzt erklärt er sich solidarisch mit der „Occupy - Bewegung“ gegen soziale Ungerech-

tigkeit und die Folgen der Finanzkrise. Seit Montag kursiert sein Lied „Empört Euch“ im Internet. Ein Gespräch mit dem 64-jährigen Sänger, der in München lebt.

Quelle: Deutsche Welle

„Empört Euch“ gratis bei Amazon



V.i.s.d.P. :
Initiative Montagsdemo Rheinfelden

Fritz Zell
Oberhofstrasse 1
79730 Murg/ Baden
Tel: 07763 - 9275807
E-Mail: aloisa.zell@t-online.de

Karl - Heinz Hirschmann
Eisenbahnstr. 7
79585 Steinen
Tel: 07627 - 8127
E-Mail: khirschmann@gmx.de

www.montagsdemo-rheinfelden.de



Wir brauchen Spenden !

Wer uns helfen will, der melde sich bei Fritz oder Karl-Heinz (siehe oben) DANKE !

Rheinfelder Montagsdemo aktuell



Mit dem Oktober werden die Temperaturen an der Rheinfelder Montagsdemonstration deutlich kühler. Nicht so die Diskussionen. Ja, es scheint so, als ob gerade einiges in der Republik drunter und drüber geht.

Hatten die Vertreter des Finanzkapitals, also die Monopolisten aus der Bankenwelt und der „realen Wirtschaft“ noch bis vor Kurzem vom

Aufschwung geschwärmt, tritt von Tag zu Tag mehr und mehr Ernüchterung ein. Nachdem durch die international koordinierte Dämpfung der Auswirkung der Weltwirtschaftskrise sich die Widersprüche nun umso schärfer entwickeln, schwindet auch das Vertrauen der Menschen in den Kapitalismus fast schon atemberaubend. Weltweit treibt es Hunderttausende im Rahmen der Occupy -



Bewegung auf die Strasse. Gegen die Politik der Regierungen, die Billi-



onen - Geschenke für die Banken beschließen, während die Unterstützung elementarer Grundbedürfnisse der Gesellschaft massiv zurückgefahren werden.

„Neue Erscheinungen und wesentliche Veränderungen der gesellschaftlichen Entwicklung sind immer mit einem Erklärungs- und Legitimations-

wettstreit bürgerlicher Gesellschaftstheorien verbunden.“

(Morgenröte der Internationalen Sozialistischen Revolution - Stefan Engel – S. 12)

Da wundert es nicht, wenn Heiner Geissler gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem wettet und eine Art Revolution fordert. Doch um den Kapitalismus humaner zu gestalten? Eine gute Zeit also, über ein alternatives Gesellschaftssystem zu diskutieren.



Termine, Veranstaltungen und Aktuelles!

- **Rheinfelder Montagsdemo**, jeden Montag um 18.00 Uhr am Oberrheinplatz
- **Freiburger Montagsdemo**, jeden Montag um 17.30 Uhr am Rathausplatz oder Walthari in der Bertholdstraße
- **Attac Lörrach**, öffentliches Plenum, immer am 1. Mittwoch im Monat im SAK (Altes Wasserwerk, beim Schwimmbad) Lörrach um 20:00 Uhr
- **Initiative Grundeinkommen** Lörrach trifft sich jeden 2. Freitag im Monat um 20:00 Uhr in der Kulturwerkstatt Lörrach Riesstraße, oder im „Nellie“
- **LISY** - Weil am Rhein lädt ein! Stammtisch immer am 3. Freitag im Monat um 19:00 Uhr, Restaurant "Delphi", Müllheimerstrasse 2 (gegenüber Kaufring)
- **Netzwerk - Vielfalt**, unter diesem Motto veranstalten verschiedene Organisationen aus Lörrach und Umgebung eine interessante Veranstaltungsreihe. Alle Veranstaltungen findet Ihr auf unserer Webseite unter Termine im PDF - Flyer